

Jahresmedienkonferenz vom 3. Januar 2020

Was die Agrarpolitik 22+ den Bauern bringt

Referat von Francis Egger (es gilt das gesprochene Wort)

Mit der Agrarpolitik 22+ will der Bundesrat gemäss eigenen Angaben die agrarpolitischen Rahmenbedingungen in den Bereichen Markt, Betrieb und Umwelt verbessern. Damit soll die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft Chancen unternehmerischer nutzen können, die Wertschöpfung am Markt steigern, die betriebliche Effizienz erhöhen und die Umweltbelastung sowie den Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen weiter reduzieren. Die Vernehmlassung ging am 6. März 2019 zu Ende, im August hat der Bundesrat die Ergebnisse diskutiert und erste Entscheide gefällt. Im Februar 2020 erwarten wir nun die definitive Botschaft.

Was vermutlich klar und auch erfreulich ist, ist die Geldfrage: Für die vier Jahre von 2022 bis 2025 soll die Landwirtschaft gesamthaft 13.915 Milliarden Franken erhalten. Das entspricht der heutigen Grössenordnung. Im Bereich Markt erwarten wir die Beibehaltung der aktuellen Massnahmen vor allem was die Verteilung der Importkontingente und den Milchzulagen anbelangt. Der SBV begrüsst auch eine Lösung bei der Versicherung von Ernteaufschlägen aufgrund von klimatischen Extremereignissen. Ein Schwerpunkt der neuen Agrarpolitik liegt im Bereich Umwelt. Der Bund will künftig nur noch Pflanzenschutzmittel mit geringem Umweltrisiko zulassen. Wir unterstützen das, denn die Bauern müssen sich in dieser Frage auf die Experten verlassen können. Wenn ein Mittel zugelassen ist und korrekt eingesetzt wird, sollten sich die Bauern keine Vorwürfe gefallen lassen müssen. Die vorgesehenen technischen Massnahmen in den Bereichen Tankreinigung, Spritzgeräte und Düsen, die eine Risikoreduktion von 75 bis 95 Prozent bringen sollen, befürworten wir ebenfalls. Ebenso die Förderung von alternativen Methoden.

Bereits beschlossen hat der Bundesrat einen verbindlichen Absenkpfad beim Stickstoff und Phosphor. Diese sollen um mindestens 10 Prozent bis 2025 und um mindestens 20 Prozent bis 2030 sinken. Eine Massnahme dazu wird – so erwarten wir es – die Reduktion der Tiere pro Fläche sein. Aktuell dürfen die Bauern 3 Tiereinheiten pro Hektare halten, neu sollen es nur noch 2.5 sein. Wir verstehen zwar die Idee dahinter, aber eine solch uniforme Vorgabe macht in der vielfältigen Schweiz nur beschränkt Sinn. Je nach Bodenbeschaffenheit und Klima können die verschiedenen Regionen der Schweiz unterschiedliche Nährstoffmengen verwerten. Auch bei der Biodiversität setzt der Bundesrat an. Im Vordergrund steht die qualitative Verbesserung der Flächen, was wir vollumfänglich unterstützen. Wir selber möchten das Jahr 2020 nutzen, um die Bauern für dieses Thema zu sensibilisieren.

Beim Herzstück jeder Agrarpolitik, den Direktzahlungen, erwarten wir als Hauptänderungen die Aufstockung der Produktionssystembeiträge um ungefähr 300 Millionen Franken. Diese werden durch eine Reduktion der Versorgungssicherheitsbeiträge finanziert. Hier wissen wir noch wenig, über deren konkrete Ausgestaltung. Wir erwarten zudem, dass der Bund neu sogenannte «regionale Landwirtschaftsstrategien» sowie die Beiträge für eine standortangepasste Landwirtschaft einführen will. Über deren Sinn oder Unsinn gehen die Meinungen innerhalb der Landwirtschaft auseinander. Ein Mehrwert ist aber aus unserer Sicht nicht erkennbar. Sicher ist: Solche Ansätze bringen keine administrative Vereinfachung und eine solche wäre aus unserer Sicht bitter nötig. Um die Direktzahlungen glaubwürdig und in den Augen der Bevölkerung als nachvollziehbar zu halten, möchten wir möglichst klare Begrenzungen, wie wir diese im heutigen System haben.